

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 634

Mittwoch, 14. Juni 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Mit Bleistift und Revolver: Ein Schulweg durchs Armenviertel.....	1
20 Jahre PNC: Wahl der Kinder-Kommissarin 2017-2018.....	3
Der Ausnahmezustand in Ixichiguan und Tajumulco wurde bis zum 12. Juli verlängert.....	3
Eine weitere Verurteilung wegen Verbrechen gegen JournalistInnen.....	4
Die Migrationswirklichkeit, die Jimmy Morales beim Besuch von Peña Nieto vergass.....	4
Fall Baldetti: Erst die Strafverfahren in Guatemala, dann Auslieferung in die USA.....	5
Weiterer Auslieferungsfall: Mutmasslicher Drogenkurier „Corvito“.....	5
Biopsia /Juni 2017 von Diana Vásquez Reyna: Ehemalige Militärzone No. 21.....	5

Mit Bleistift und Revolver: Ein Schulweg durchs Armenviertel

Der Beginn der Schulferien in Guatemala ist noch lang hin – Ende Oktober. Aber in Deutschland beginnen sie Ende Juni in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und wenn sie Anfang August enden, haben sie im Süden der Republik gerade erst begonnen. Egal: Die nachdenklich machende Reportage unseres Freundes Andreas Boueke zeigt einmal den Alltag in Guatemala – diesmal aus der Sicht eines Schülers in einem Armenviertel der Hauptstadt. Wie ganz anders ist doch dieser Alltag als der ‚unserer‘ deutschen, schweizer oder österreichischen SchülerInnen.

Den Anblick der Leiche seiner Tante wird der Neuntklässler Wilson nie vergessen. Sie lag blutend auf dem Asphalt. In den Armenvierteln von Guatemala-Stadt werden Schulkinder häufig Zeugen von Verbrechen und Gewalt. Viele trauen sich nicht mehr auf die Strasse. Sie brechen die Schule ab, weil der Weg dorthin zu gefährlich ist. Wilson macht weiter. Aber bevor er morgens aus dem Haus geht, gibt er seiner Mutter immer einen zärtlichen Kuss. „Ich weiss ja nie, ob ich sie wieder sehen werde.“

Die Direktorin der Sekundarschule in dem Armenviertel La Pérez im Osten von Guatemala-Stadt möchte ihren Namen nicht nennen. „Seit 2011 bin ich für die Kinder an dieser Schule verantwortlich“, sagt sie und wirkt dabei wie eine Rebellin, die sich gegen die Atmosphäre der Gewalt auflehnt. „Unser Gebäude ist von einem Markt umgeben. Das Verbrechen ist immer ganz nah. Es gibt auch Tote. Das beeinflusst natürlich den Schulalltag. Viele Eltern haben Angst. Einige haben ihre Kinder von der Schule genommen.“

Die vierzehnjährige Mareli ist die beste Schülerin ihres Jahrgangs. Sie möchte auf jeden Fall einen Abschluss machen, aber sie weiss nicht, ob das möglich sein wird. „Ich habe gesehen, wie unsere Lehrerin erschossen wurde. Wir kamen gerade aus dem Schulgebäude, da fielen die Schüsse. Alle haben geschrien: 'Das Fräulein ist getroffen.' Es gab noch mehr Verletzte.“ In Guatemala werden täglich im Schnitt vierzehn Menschen ermordet. In den meisten Fällen werden die Verbrechen nie aufgeklärt. Mareli hat die Leiche ihrer Lehrerin bei der Totenwache im Sarg gesehen: „Das war schrecklich. Danach hatten alle in der Schule Angst. Einige Lehrer glaubten, ihnen würde dasselbe passieren. Wir haben nie erfahren, warum sie ermordet wurde.“

Die Direktorin bemüht sich um Schutz für die Kinder. Das ist eine heikle Sache. „Wir sind zum Bürgermeister gegangen“, erzählt sie. „Er hat uns in seinem Büro empfangen. Plötzlich war da ein Fotograf. Am nächsten Tag stand auf der Internetseite des Rathauses ein Foto von mir mit dem Bürgermeister. Dazu die Überschrift: 'Eine Schuldirektorin bittet um Schutz vor Erpressung.' Zwei Tage später haben die Jugendbanden mich persönlich bedroht. Sie schrieben mir, ich hätte sie verraten. Sie würden auch mich töten.“ Einige Wochen lang kam die Direktorin nicht zur Schule. „Aber jetzt ist sie wieder da“, sagt Mareli mit sorgenvollem Blick. „Ich glaube, sie hat Angst. Niemand weiss, was passieren wird.“

Raus aus der Sackgasse

Nur jeder vierte Jugendliche in Guatemala besucht eine Sekundarschule. Der fünfzehnjährige Wilson sieht Bildung als seine beste Chance, eines Tages aus dem Armenviertel raus zu kommen. „Ich gehe mittags aus dem Haus. Wir wohnen am Ende einer Sackgasse. Hier fühle ich mich noch sicher. Aber sobald ich auf die grosse Strasse komme, weiss ich nicht, was mich erwartet.“

Schon nach wenigen Metern trifft Wilson auf einen Mann in schmutzigen Hosen und einem grauen Unterhemd. Er ist wohl betrunken oder vielleicht auch auf Drogen. Er bedrängt den Jungen, ihm etwas zu essen zu geben. Aber Wilson geht unbeirrt weiter. „Die meisten von denen haben schon als Kinder mit dem Laster begonnen. Jetzt als Erwachsene kommen sie nicht mehr davon los. Deshalb schlafen sie auf der Strasse und bitten die Leute um Geld. Wenn du ihnen nichts gibst, werden sie wütend, so wie der jetzt.“

Wilson biegt auf die Hauptstrasse seines Viertels. Der schmale Bürgersteig ist voller Produkte, die zum Verkauf angeboten werden: Gemüse und Fleisch, Spielzeug und Plastikbecher, Gebrauchtkleider und Holzbesen. Der Junge trägt das blitzsaubere, weisse Hemd seiner Schuluniform. Er deutet auf eine sandige Stelle am Boden. „Dort habe ich neulich gelegen. Ich kam genau in dem Moment vorbei, als geschossen wurde. Alle Leute warfen sich auf die Erde. Ein Mann wurde getötet. Er hatte einen Verkaufsstand mit Fleisch, Wurst und Schinken.“ Bei solchen Morden geht es oft um Erpressungsgeld. Einige Ladenbesitzer wollen nicht zahlen oder können nicht. Einen anderen Weg zur Schule gibt es für Wilson nicht. „Einige meiner Kameraden bleiben zu Hause. Die Eltern sagen, es sei zu gefährlich. Als letztes Jahr zwei Schüler getötet wurden, sind viele andere nicht mehr gekommen. Genau hier, wo wir gerade stehen, ist der Junge gestorben. Dort unten hat das Mädchen einen Blindgänger abbekommen. So was passiert innerhalb von Sekunden. Du schaust dich um und schon liegt jemand auf dem Boden und stirbt.“

Die letzten Monate waren besonders brutal. Wilson hat keine Ahnung weshalb. Er ist froh, dass die Polizei reagiert. Auf den Hauptstrassen patrouillieren jetzt einige PolizistInnen. „Die Zahl der Verbrechen in diesem Sektor hat deutlich zugenommen“, erklärt ein Mann in schwarzer Uniform. „Wir tun was wir können. Aber wir haben nicht genug Personal.“ Der Polizist kennt die Methoden der Banden. „Die Bosse schicken ihren Opfern ein mobiles Telefon“, erklärt er. „Darauf werden sie angerufen und erfahren so, wie viel Geld sie zahlen müssen. Wer diese Summe nicht zahlt, wird ermordet.“

Die ambulanten StrassenverkäuferInnen legen ihre Produkte jeden Morgen sehr früh aus. „Uns wird das Leben schwer gemacht“, sagt ein junger Mann, der vor dem Bauch eine Art Tisch trägt, auf dem Süßigkeiten und Plastikprodukte liegen. „Die Banden erpressen uns, obwohl wir nur wenig verdienen. Einige von uns wurden getötet, weil sie ihre Quote nicht gezahlt haben. Mir bleibt nichts anderes übrig, als jeden Monat zweihundert Quetzales zu zahlen.“ Das sind mehr als zwanzig Euro und entspricht in etwa dem Verdienst von drei Tagen.

Private Sicherheit

Wilson geht an einer hohen Mauer vorbei, hinter der ein paar wohlhabende Familien leben. Vor dem Eingangstor steht privates Sicherheitspersonal, das genau überprüft, wer reinkommen darf. In Guatemala gibt es sieben mal mehr private Sicherheitsleute als staatliche PolizistInnen. Eine Frau mit grauer Schirmmütze kontrolliert jeden Passanten. „Wo wollen sie hin?“, fragt sie und warnt: „Hier kommen sie nicht rein. Ich habe eine Kaliber 38. Gehen sie besser nicht weiter.“ Wer doch an dem Schlagbaum vorbei kommt, trifft auf eine völlig andere Atmosphäre. Die Strassen sind leer. Die BewohnerInnen halten sich in ihren Häusern auf. Wer raus will, fährt Auto. Zu Fuss geht fast niemand. Wilson kennt keines der Kinder, die hier wohnen. „Die haben Chauffeure und Bodyguards, damit sie überall sicher hinkommen. Sie besuchen teure Privatschule. Das können sich meine Eltern nicht leisten.“

Ein paar hundert Meter weiter wird es plötzlich laut. Der Markt beginnt. Eine Verkäuferin bietet Mangosaft in Tüten an, dazu Wackelpudding. Wilson erinnert sich an den Stand seiner Tante: „Ich bin jeden Tag zu ihr gegangen. Sie hat immer nett gefragt, wie es mir geht. Aber wenn ich jetzt dorthin schaue, ist der Platz leer. Sie ist 36 Jahre alt geworden.“

Ein Mann, der Schuhe repariert, kann sich gut an den Tag erinnern. „Es war sehr früh morgens, gegen sechs Uhr. Die beiden Killer kamen auf einem Motorrad. Einer ist abgestiegen und hat sie exekutiert. Als wir ihn gesehen haben, war sie schon tot.“

Wilson's Gesicht wird rot. Tränen steigen in seine Augen. „Sie lag tot auf dem Boden. Sie war eine Frau, die gekämpft hat. Sie wollte etwas aus ihrem Leben machen. Aber dann ist jemand gekommen und hat all ihre Träume zerstört.“

Die Stimmung auf dem Markt ist schlecht. „Wenn ich hier sitze, fühle ich mich oft wie ein Käfer, der gleich zerquetscht werden könnte“, klagt ein Verkäufer. „Ich habe den Schützen gesehen. Er war nicht viel älter als zwölf Jahre. Diese Kinder werden von Erwachsenen geschickt, die ihnen ein bisschen Kleingeld geben. Das sind Auftragskiller.“ In den Tagen nach dem Tod seiner Tante fiel es Wilson schwer, seine Hausaufgaben ordentlich zu machen. „Doch nach einer Weile habe ich mir gesagt: 'Was soll das? Das war eben ihr Schicksal. Gott hat es so geplant.' Das muss ich akzeptieren. Im vergangenen Monat, als es passiert ist, habe ich mich sehr schlecht gefühlt. Aber jetzt ist wieder alles normal. Es bleibt nur so ein trauriges Gefühl.“

Wilson tritt durch das Tor des Schulgebäudes, das von einer hohen Mauer mit Stacheldraht gesichert wird. „Sobald du hier ankommst, denkst du: 'Gott sei Dank. Alles ist gut gegangen.' Dann kannst du dich wieder auf den Unterricht konzentrieren.“

20 Jahre PNC: Wahl der Kinder-Kommissarin 2017-2018

El Jicaro, El Progreso, 8. Juni – RepräsentantInnen verschiedener lokaler und regionaler Institutionen bildeten eine Jury, die eine Kinder-Kommissarin der Nationalen Polizei (PNC) unter den SchülerInnen der Grundschulen im Departement El Progreso wählten. Mariela Morales Barrientos, Mitglied der Delegation für Beziehungen zu den Kommunen und der Prävention von Verbrechen im Kommissariat 53 der PNC, erklärte, dass diese Veranstaltung im Zusammenhang mit dem 20. Geburtstag dieser Institution stehe. (...) Pérez Castellón wurde für die Periode 2017-2018 gewählt. Sie ist 11 Jahre alt, Tochter von Jorge Mario Pérez und Gloria Margarita Castellón und Schülerin der städtischen Primarschule Lucía Peralta im Landkreis El Jicaro, dort, wo sie auch wohnt. Sie wurde unter neun KandidatInnen ausgesucht, die meisten von ihnen Mädchen.

In ihren Aufsätzen erkannten die SchülerInnen die Arbeit der PNC-MitarbeiterInnen an, hoben die Gespräche, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen hervor, die in den Schulen – trotz knapper Mittel – zur Verbrechensvorbeugung durchgeführt wurden. Sie forderten von den Institutionen, mehr MitarbeiterInnen in den Polizeistationen einzustellen, sowie mehr Fahrzeuge anzuschaffen.

Sandra Oralia Ortega, die Direktorin der Schule „Lucía Peralta“ erklärte, dass sie und ihr Kollegium sich deshalb für diese Veranstaltungen für ihre SchülerInnen engagiert hätten, weil es notwendig sei, anzupacken, um stark zu sein und besser zu werden. Die grösste Sorge der Nachbarschaft an diesem Ort sei der Konsum und der Verkauf von Drogen. Die PNC wurde 1997 in Erfüllung des Friedensabkommens und der Stärkung der zivilen Macht durch das Dekret 11-97 des Kongresses begründet. Geschaffen wurden eine Akademie und Polizeiausbildungsstätte unter der Leitung der spanischen Guardia Civil, eine Kriminaluntersuchungseinheit unter der Leitung des Internationalen Kriminaltechnischen Trainingsprogramms (ICTAOP) und eine Menschenrechtsabteilung unter Federführung der UN-Mission für Guatemala (MINUGUA). Im August 1999 war die PNC in allen 22 Departements Guatemalas präsent. (Cerigua)

Der Ausnahmezustand in Ixichiguán und Tajumulco wurde bis zum 12. Juli verlängert

San Marcos, 7. Juni – Der Ausnahmezustand in den Landkreisen Ixichiguán und Tajumulco im Departement San Marcos, direkt an der Grenze zu Mexiko, wurde am 7. Juni für 30 weitere Tage verlängert. Laut vorhandener Informationen erklärte die Regierung, dass die Umstände, die die Ausrufung des Ausnahmezustands am 11. Mai begründeten, weiterhin bestünden. Ziel der neuerlichen Verlängerung des Ausnahmezustands sei, die gefährliche Situation zwischen den beiden Landkreisen zu lösen. Die Regierung von Jimmy Morales will die administrative Ordnung in beiden Gemeinden garantieren, die seit mehr als 80 Jahren um ihre Grenzen streiten.

Laut Vizepräsident Jafeth Cabrera werde die Massnahme erlauben, produktive Programme in beiden Landkreisen zu entwickeln, etwa den Bau einer Schule und eines Gesundheitszentrums. Da man dort nicht über die finanziellen Ressourcen verfüge, um diese Infrastrukturmassnahmen zu betreiben, würden mehr Mittel dafür beantragt. Das Umweltministerium sei seinerseits damit befasst, den Naturschutz sicherzustellen, während das Entwicklungsministerium sich darauf konzentrieren werde, Nahrungsmittel zu verteilen. Der Vizepräsident erinnerte zugleich daran, dass während des Treffens des „Zugs der Entwicklung“ die BürgermeisterInnen der beiden Landkreise davon sprachen, dass es Drohungen gegen die Bevölkerung sowohl von Ixichiguán als auch Tajumulco gebe. „Der Ausnahmezustand geht zu ende und wir werden sehen, was passieren wird“, sagten sie. (Cerigua)

Eine weitere Verurteilung wegen Verbrechen gegen JournalistInnen

Jalapa, 2. Juni - Rolando Antonio Cruz Jiménez wurde diesen Freitag zu einer Haftstrafe von 23 Jahren wegen des Mordes an dem Kameramann von Canal 25 Felipe David Munguía Jiménez verurteilt. Der Mord fand im vergangenen Jahr in Santa María Xalapan, Departement Jalapa, statt. Das ist die zweite Verurteilung binnen einer Woche, die die Einheit für Delikte gegen JournalistInnen der Staatsanwaltschaft (MP) erreicht hat. Beide Verfahren liefen wegen Homizid an JournalistInnen und beide dieser Morde fanden im Jahr 2016 statt.

Das Tribunal für Strafverfahren, Drogendelikten und Umweltdelikten in Jalapa verurteilte Cruz Jiménez zu 15 Jahren Haft wegen des Mordes und zusätzlichen acht Jahren wegen illegalem Waffenbesitz. Die MP hatte eine Haftstrafe von 50 Jahren wegen Mordes gefordert, konnte sich mit diesem Strafmass jedoch nicht durchsetzen. Während des Prozesses konnte das Motiv für den Mord nicht geklärt werden. Deshalb werde die Ermittlung fortgeführt. Man hofft, dass das Urteil danach bestehen bleibt und dass der Verurteilte mit den Behörden zusammenarbeite, um das Motiv zu klären und zu eruieren, ob es Hintermänner oder AuftraggeberInnen gegeben habe. Zu den Beweisstücken, die die Einheit für Delikte gegen JournalistInnen vorgelegt hatte, gehörte ein ballistisches Gutachten der Waffe, die bei Cruz Jiménez bei dessen Verhaftung beschlagnahmt worden war, sowie die Aussagen der PolizistInnen, die ihn festgenommen hatten.

Munguía Jiménez wurde am Sonntagabend des 4. September ermordet, nachdem er eine Gemeindeversammlung im Landkreis Santa María Xalapan verlassen hatte. Der Fotojournalist starb in Folge eines Schusswaffenprojektils in seinem Schädel. Minuten nach dem Verbrechen verhaftete die Polizei Cruz Jiménez, der im Rauschzustand angetroffen wurde und die Waffe besass, mit der der Mord ausgeführt worden war. Der Beschuldigte war bereits zuvor wegen Mordes verurteilt worden; er hatte einen Mann in dem Landkreis mit der Machete getötet. Neben seiner Tätigkeit als Kameramann für den Fernsehsender Canal 25 von Santa María Xalapan widmete sich Munguía Jiménez kommunalen Aktivitäten, obwohl er keinerlei sozialen Organisation angehörte. Während der Ermittlungen in dem Falls erklärte seine Ehefrau, dass er Todesdrohungen erhalten habe. Dennoch wurde das eigentliche Motiv nicht geklärt und auch nicht, wer genau die Verantwortlichen sind. Die Einheit der MP hat nun zehn Tage Zeit, um zu überlegen, ob sie gegen das Urteil Berufung einlegen wird.

Die erste Verurteilung wurde am 30. Mai ausgesprochen. Das Tribunal für Strafverfahren, Drogendelikten und Umweltdelikten in Chiquimula verurteilte Byron Eduardo Felipe Morales zu 40 Jahren Haft wegen des Mordes an Víctor Valdez Cardona, einem Moderator und Produzenten des Kulturprogramms von Visión in Chiquimula. Der Mord geschah am 7. Juni 2016. (Cerigua)

Die Migrationswirklichkeit, die Jimmy Morales beim Besuch von Peña Nieto vergass

Guatemala, 7. Juni - Jimmy Morales und sein mexikanischer Kollege Enrique Peña Nieto schienen Teil des gleichen Teams zu sein. Die Anzüge und Krawatten in den selben Tönen, mit den gleichen Händedrücken, gleichem Lächeln vor den FotografInnen und den selben Danksagungen, unterzeichneten sie fünf Absichtserklärungen und vereinbarten – ohne konkrete Pläne kundzutun – eine bessere Zusammenarbeit in der Behandlung von guatemaltekeischen MigrantInnen in Mexiko.

In seinem zweiten Staatsbesuch lauschte Enrique Peña Nieto den Lobeshymnen seines guatemaltekeischen Amtskollegen über seine Migrationspolitik. Ein Land, repräsentiert durch eine grosse und gefährliche Mauer, das seit dem 1. Dezember 2012, als Nieto Präsident wurde, 218.555 Personen ausgewiesen hat.

„Wir bedanken uns bei Mexiko für die Unterstützung, die das Land uns bei der Rückkehr unserer MigrantInnen gewährt hat. Ich möchte mich persönlich und gegenüber der Öffentlichkeit bei Präsident Peña Nieto bedanken – für all die Hilfe, die er uns gab und wir möchten klarstellen, dass Mexiko diese Hilfe für unsere MigrantInnen sehr ernsthaft und verantwortungsvoll darreichte“, sagte Morales in seiner Rede im Nationalpalast. Er liess keine Frage der anwesenden PressevertreterInnen zu.

In seiner Rede ignorierte Morales, dass dieses Land für die MigrantInnen der dunkelste Teil des Weges Richtung USA darstellt. Auf diesem Territorium werden die Menschen heimgesucht von der allgemeinen Gewalt, dem Drogenverkauf, dem Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Versklavung, den Entführungen und den Razzien (siehe Film „Kreuzweg der MigrantInnen“, rezensiert in **Fijáte!** 632). Zudem ist die Staatsanwaltschaft gegen den Menschenhandel der Ansicht, dass die Strukturen, die diese Verbrechen gegen die MigrantInnen begehen, einige der blutigsten sind, und dass den MigrantInnen zu Opfern sexueller Ausbeutung werden, da sie kein Geld zur Weiterreise oder zur Lösegeldzahlung haben. Die Lage der Frauen ist also dort besonders schwierig.

Laut einem Bericht von Amnesty International werden 60 % der Migrantinnen aus Zentralamerika in Mexiko vergewaltigt, Priester und MitarbeiterInnen der Zufluchtsorte gehen von einer Dunkelziffer von 80 % der Frauen aus. Trotz dieser Daten betont Jimmy Morales die Güte von Peña Nieto in unzulässiger Weise. Die Antwort der Präsidenten

Guatemalas und Mexikos geht nicht darüber hinaus, die Situation verbessern zu wollen. Es wird auch kein Interesse verlautet, mit Donald Trump zu sprechen oder ihn zumindest in eine Politik einzubeziehen, die die Menschenrechte der MigrantInnen garantiert.

Beide Regierungschefs verpflichteten sich „bilaterale Aktivitäten und Mechanismen in Bezug auf Migrationsfragen zu fördern mit dem Ziel, ein humanitäres Augenmerk auf die Achtung der Menschenrechte zu richten und die beidseitige Verantwortung für eine würdige, geordnete und sichere Migration zu erreichen.“

Morales betonte: „Wir stimmen darüber ein, die Anstrengungen zu verstärken, um konkrete Aktivitäten zu realisieren, die die Ursachen der Migration in ihrem Gesamtzusammenhang behandeln und eine Politik der Inklusion und der Entwicklung in unseren Ländern entwickelt.“ Daher, so fährt er fort, sei es so wichtig gewesen, ein Arbeitsabkommen zu schliessen, in dem Mechanismen der Kooperation vereinbart sind, um den MigrantInnen zu helfen. Wie das im Detail aussehen soll, sagte er freilich nicht. Im Laufe seiner Rede sagte der guatemaltekeische Präsident, dass die Zahl der RückkehrerInnen aus Mexiko zurückgegangen sei und er bat seinen Amtskollegen, dass die Prozesse schneller abgewickelt werden - „so rasch, wie es Ihnen möglich ist.“

Donald Trump hat seit der Übernahme der US-Präsidentschaft seine Pläne forciert, eine Mauer zwischen seinem Land und Mexiko zu bauen und mehr als zwei Millionen MigrantInnen auszuweisen, die eine kriminelle Vorgeschichte gehabt hätten. In den ersten fünf Monaten seiner Amtszeit wurden jedoch weniger GuatemaltekeInnen ausgewiesen als in den zwei vorherigen Jahren: Im Jahr 2017 waren es bisher 12.178, 2016 und 2015 waren es 15.814 bzw. 15.507. .

Peña Nieto sagte, dass die Grenze zu Guatemala „das Potenzial habe, eine sichere Zone zu werden“. Um dies zu erreichen, müssen die Pläne den Kampf gegen das organisierte Verbrechen berücksichtigen, das sich an den MigrantInnen verginge. Daher vereinbarten beide, die Modernisierung der Grenzzonen voranzutreiben, um den Transitverkehr von Waren und Personen zu verbessern.

Unterzeichnung von Abkommen

Aus dem Besuch von Peña Nieto ging die Unterzeichnung von insgesamt fünf Absichtserklärungen und Kooperationsvereinbarungen zum akademischen und diplomatischen Austausch hervor. Sie behandelten die Förderung des Handels und der Investitionen, den Austausch von Methoden zur Entwicklung der Unternehmensführung, den Austausch zwischen MitarbeiterInnen der nationalen Institute der Sozialfürsorge und die Förderung von Grundlagen für den Informationsaustausch bei der Registrierung von Immobilien. Eine der genannten Ausschreibungen betraf den Aufbau der Milchfabrik der Firma Lala in Escuintla, die 30 Millionen US-Dollar kosten werde. (Jody García. Nómada)

Fall Baldetti: Erst die Strafverfahren in Guatemala, dann Auslieferung in die USA

Guatemala, 10. Juni – Erst sollten die Strafverfahren, die in Guatemala gegen die ex-Vizepräsidentin Roxana Baldetti anhängig sind, rechtskräftig abgeurteilt werden, bevor über eine Auslieferung in die USA stattfindet. Dies erklärte der Leiter der Staatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit, Juan Francisco Sandoval. Baldetti wird vom Gericht in Washington DC wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Verschwörung zum Zwecke des Verkaufs illegaler Materialien angeklagt. In Guatemala laufen drei offene Prozesse gegen sie: wegen Zollbetrugs (→ La Línea), wegen Betrugs gegenüber dem Staat (→ Cooptación) und wegen der, vermutlich betrügerischen, Ausführung eines Projektes zur Reinigung des Amatitlán-Sees. (Cerigua)

Weiterer Auslieferungsfall: Mutmasslicher Drogenkurier „Corvito“

Guatemala, 10. Juni – In einem anderen Fall, den die Fünfte Strafgerichtskammer unter Kammerpräsident Adán García verarbeitet, wurde grünes Licht für die Auslieferung von Jorge Salvador Galdámez de León, alias “Corvito” in den Südlichen Distrikt von Florida, USA gegeben. Dabei geht es um die Verteilung von fünf Kilogramm Kokain in die USA. Die USA beschuldigen Galdámez, für die Koordination der Verschiebung von Drogen aus deren Ursprungsland Kolumbien, über Panama und Guatemala in die USA verantwortlich zu sein. Sie bringen ihn in Verbindung mit der Drogenbande Los Zetas und mit Jairo Orellana, alias el Pelón. Das Antrag stellende Organ hat 40 Tage Zeit, um die Anklagepunkte und Indizien vorzubringen, bevor es zu einer Auslieferung kommen kann. (Cerigua)

Biopsia /Juni 2017 von Diana Vásquez Reyna: Ehemalige Militärzone No. 21

In Guatemala gibt es viele Dinge, die nicht vorangehen, die ungestraft bleiben. Und das auf ziemlich dreiste Art und Weise. Selbst die Seen und Flüsse werden gestoppt, deren Lauf verändert oder dermassen verschmutzt, dass sie draufgehen. Die Justiz kommt ebenso wenig voran. Vielleicht glaubten wir noch vor einigen Jahren, dass die Dinge besser werden würden, als ein Urteil wegen Völkermord gefällt wurde. Aber nein, die ungesühnten Verbrechen der Vergangenheit, der Gegenwart sind wieder da. Und Prozesse und RichterInnen werden mit einer perversen Wirtschaftslogik des Militärs kooptiert.

Einer dieser Prozesse, den man versucht vor Gericht zu bringen, ist der wegen der Gräueltaten, die in der Militärzone Nummer 21 während des bewaffneten, internen Konfliktes begangen wurden. Der Fall ist in den Medien als CREOMPAZ bekannt gewordenen. Er wird CREOMPAZ genannt, da der Ort der Verbrechen den Namen des Regionalen Kommandos zum Training für Operationen zur Friedenserhaltung (Comando Regional de Entrenamiento de Operaciones de Mantenimiento de la Paz) trug. Dort, in Cobán, Departement Alta Verapaz, trainierten die Friedenskräfte der Vereinten Nationen. Das Verbrechen, das die Armee von Guatemala in den 1980ern in der Zone Militär 21 beging, ist der grösste Fall von erzwungenem Verschwindens in Lateinamerika. An diesem Ort operierte ein geheimes Zentrum, in dem Menschen festgehalten, gequält und ohne Gerichtsbeschluss hingerichtet wurden. Von den 14 hochrangigen Militärs, die in diesem Fall am 6. Februar 2016 verhaftet wurden, stehen 11 vor Gericht, drei wurden vom Prozess entbunden. Weitere acht Militärs sind flüchtig.

Das US-amerikanische Network in Solidarity with the People of Guatemala (Nisgua) gibt an, dass die Stiftung für forensische Anthropologie von Guatemala (FAFG) 14 Exhumierungen in CREOMPAZ durchführte und 558 Skelette in vier Massengräbern fand, „einige der grössten Gemeinschaftsgräber, die man bis dahin in Guatemala gefunden hatte.“

Nach Daten von Nisgua: „90 der gefundenen Überreste stammen von Mädchen und Jungen. Die meisten Funde weisen Zeichen von Quälerei auf, mit Quetschungen am Kopf und am Hals; und bei vielen fand man Anzeichen für einen Gnadenschuss, man fand sie mit verbundenen Augen und Fesseln oder Ketten an den Knöcheln oder Hälsen.“

Im Juli 2016 zeigten Opfer, die überlebt hatten, und Familienangehörige der Opfer öffentlich die Richterin Claudette Domínguez an. Sie ist die Vorsitzende des Gerichts Mayor Riesgo A, welches den Fall CREOMPAZ führt und hat bereits verschiedene unrechtmässige Entscheidungen getroffen. Gemäss einer Pressemitteilung befand sich unter den Beschlüssen der Richterin einer, der „den öffentlichen Zugang zu Militärdokumenten verbot, die als Beweismittel vorgeschlagen wurden. Damit wurde der Artikel 24 des Gesetzes über den Zugang zu Information verletzt“.

Obwohl die Richterin angezeigt wurde, da sie „Beweise und Ermittlungsergebnisse verdreht, partielle Analysen der Beweismittel führt und und provisorische Urteile fällt, die die Angeklagten begünstigen“, gibt es weder politischen noch gesellschaftlichen Druck, damit der Fall vorangeht. Das verletzt das Recht auf Gerechtigkeit der mehr als 500 Leben, die in der ehemaligen Militärzone 21 beendet und begraben wurden. Jetzt ist es Mitte Juni 2017, und am 21. Juni wird erneut der Nationale Tag gegen das Erzwungene Verschwinden zelebriert.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6